

BUCHBESPRECHUNGEN

DAS PROBLEM DER VOLLBESCHÄFTIGUNG IN DER LITERATUR

1. *Walter Eucken, Nationalökonomie - wozu?* 2. Aufl., Godesberg 1947, S. 59.
2. *J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, dtsh., München 1936.
3. *Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, 4. Aufl., Erlenbach-Zürich 1942, S. 274, 277 ff.; ähnlich auch in seiner „*Civitas Humana*“ 2. Aufl., Erlenb.-Zürich 1946, S. 340 ff. und anderen seiner Veröffentlichungen; vgl. vor allem auch seinen Artikel „*Grundlagen und Folgen der Vollbeschäftigung*“ in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 26. und 27. Januar 1946.
4. *F. A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft*, 1945, pass.
5. *Walter Eucken, Das ordnungspolitische Problem*, in: „*Ordo*, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“, 1. Band, Godesberg S. 88.
6. *Derselbe, Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung* in: „*Ordo*“, Band 2, Godesberg 1949, S. 91.
7. *Fritz W. Meyer, Geldpolitik, Vollbeschäftigung und Wirtschaftsordnung*, in: „*Ordo*“, Band 1, S. 93, 98, 107 f.
8. *J. Rakowski, Die Vollbeschäftigung im Kreuzfeuer*, Bern 1946, S. 52.
9. *William, H. Beveridge, Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft*, Hamburg 1946, S. 25 f.
10. *Statist. Institut d. Universität Oxford, Vollbeschäftigung. Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik*, Bern 1946.
11. *W. A. Jöhr, Die Politik der Vollbeschäftigung, Wege und Irrwege*; in: *Schweiz. Handels-Zeitg.*, Zürich, Nr. 25, vom 22. Juni 1944.
12. *Barbara Wootton, Freiheit in der Planwirtschaft*. Hamburg 1947, S. 69 s.
13. *Joan Robinson, Das Problem der Vollbeschäftigung*. - In deutscher Übersetzung herausgegeben vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften, Köln 1949.
14. Weitere Literatur zum Problem der Vollbeschäftigung: *Eleonore Bez, Ist Arbeitslosigkeit vermeidbar?* Stuttgart-Köln 1949; *Eugen Böhler, Vollbeschäftigung und Wirtschaftssystem*, Zeitschr. f. Schweiz. Statist. u. Volkswirtsch., 1944; *A. G. B. Fisher. Fortschritt und soziale Sicherheit*, Bern 1945; *Fritz Marbach, Vollbeschäftigung. Der andere Weg*, Bern 1943; *Herbert Tirmm, Das Grundproblem der modernen Vollbeschäftigung*, Darmstadt-Leipzig 1940.

Seit man in den letzten Jahrzehnten mit wachsender Einmütigkeit die großen Gefahren erkannt hat, welche die Massenarbeitslosigkeit für den Bestand einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bedeutet, ist die Vollbeschäftigungspolitik zu einem wirtschaftspolitischen Problem ersten Ranges geworden. „Eine Regierung, unter der sich Arbeitslosigkeit ausbreitet“, gibt Eucken diesem Gedanken Ausdruck, „gerät im innerpolitischen Machtkampf in große Gefahr.“¹⁾ Auf internationaler Ebene führte diese Erkenntnis gar zur Aufnahme des Vollbeschäftigungspostulats in die Satzung der Vereinten Nationen. Besteht nun unter den Nationalökonomern auch Einigkeit über das Ziel einer möglichst weitgehenden Verhinderung von Arbeitslosigkeit, so doch keineswegs über den hierzu einzuschlagenden Weg.

Unterschiedliche Auffassungen haben zu einer Spaltung in zwei Lager geführt. Die Gegner der Vollbeschäftigungspolitik, wie sie im Anschluss an *Keynes* 2) entwickelt wurde und zum Grundgedanken eine Regulierung der Ausgabenmenge im Sinne einer Übereinstimmung von Einkommensbildung und Einkommensverwendung hat, begründen ihren ablehnenden Standpunkt etwa folgendermaßen: Jede Vollbeschäftigungspolitik müsse sich zur Erreichung des gesetzten Zieles früher oder später „nicht konformer“ Mittel bedienen, d. h. also direkte Eingriffe in den Marktautomatismus

vornehmen. Diese Eingriffe jedoch, so wird weiter behauptet, hätten die Tendenz, sich lawinenartig auszubreiten und mit zunehmender Ausschaltung der Marktwirtschaft schließlich zwangsläufig in einer totalen Planwirtschaft zu enden, welche das Ende einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bedeute. Als solche „nichtkonformen“ Ausgangspunkte dieses Prozesses werden von dieser Gruppe von Theoretikern vor allem genannt: 1. Außenhandelsregulierungen und Devisenzwangswirtschaft, 2. Geldmengenexpansion und Lohn- und Preiskontrolle, 3. Politik des billigen Geldes und Investitionskontrolle.

Wilhelm Röpke bezeichnet deshalb die Politik der Vollbeschäftigung als einen „gefährlichen Seitenpfad“, der schließlich in den breiten Irrweg des Kollektivismus einmünde. Zwar sei dieser Lehre die Popularität gewiss, jedoch erreiche eine solche „fortgesetzte Politik der Steigerung und Verlängerung der Hochkonjunktur einen Punkt, an dem die Reaktion nur noch mit Mitteln hinausgeschoben werden kann, die das Marktsystem sprengen“.3) Röpke will der Arbeitslosigkeit vielmehr mit einer „strukturellen Anpassungspolitik“ zu Leibe rücken. Für Hayek ist die Frage „Vollbeschäftigung oder nicht“ gleichbedeutend mit der Alternative einer „Sicherheit der Kasernen“ oder Hinnahme der konjunkturellen Schwankungen um den Preis der Freiheit. 4)

Die gleiche Skepsis legt Eucken an den Tag, wenn er der Vollbeschäftigungspolitik die Tendenz unterstellt, den Knappeitsmesser der freien Preise durch staatliche Preisfesthaltung, Devisenkontrolle, Politik des billigen Geldes, Kreditexpansion usw. stillzulegen. So werde auf diese Weise zwar Vollbeschäftigung erzielt, aber die Lenkung des Wirtschaftsprozesses sei unzureichend, und die Folge seien Störungen im internationalen Handel und Senkung des Lebensstandards.5) Die Lösung auch des Arbeitslosenproblems sieht Eucken in der Herstellung einer Wettbewerbsordnung, die nach seiner harmonistischen Auffassung besondere Maßnahmen zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen unnötig mache. 6)

Fritz W. Meyer sieht den entscheidenden Ausgangspunkt für die Transformierung der Wirtschaftsordnung durch Vollbeschäftigungspolitik in der Geldmengenexpansion. Er glaubt eine Symbiose zwischen vordringender Zentralverwaltungswirtschaft und Geldmengenexpansion feststellen zu können. Die zur Vermehrung der wirksamen Nachfrage vorgenommene Geldschöpfung, behauptet er, führe bereits vor Erreichen der Vollbeschäftigung aller Anlagen zu Preissteigerungen, da nicht die Summe der in einer Volkswirtschaft brachliegenden produktiven Kräfte maßgebend sei für die Größe der Geldmenge, die ohne Gefahr der Geldentwertung zusätzlich geschaffen werden könne, sondern die gegenüber der entstehenden Nachfrage im Minimum vorhandenen Produktionsmittel den Zeitpunkt des Beginns der Geldentwertung bestimmten. Bis hierhin sei eine Geldmengenexpansion hinsichtlich der Wirtschaftsordnung neutral. Eine Transformierung der Wirtschaftsordnung in Richtung auf eine Zentralverwaltungswirtschaft träte jedoch ein, sobald die preissteigernden Wirkungen durch Preisfestsetzungen verhindert würden. Das Ergebnis sei eine „Substitution von offener Geldentwertung durch zentrale Wirtschaftslenkung in Verbindung mit zurückgestauter Inflation“. 7)

Rakowski kommt am Schluss seiner dogmenkritischen Untersuchung „Die Vollbeschäftigung im Kreuzfeuer“ zu dem Ergebnis, dass die Vollbeschäftigungslehre zwar nicht vollständig abzulehnen sei, da sie unter bestimmten Umständen (z. B. in Kriegszeiten) der Wirtschaftspolitik einen gewissen Dienst leisten könne, dass sie jedoch nicht zur demokratischen Rechts- und Wirtschaftsordnung passe. Die Lehre sei aus der mechanischen Erfassung des Wirtschaftslebens hervorgegangen und eigne sich nur für ein System, das sich auf das autoritäre Ordnungsprinzip stütze; sie gehöre also nicht zu einer organischen, sondern zu einer obrigkeitlich organisierten Gesellschaft.8)

Diesen Gegnern der Vollbeschäftigungspolitik steht nun eine umfangreiche Gruppe von Theoretikern gegenüber, welche die Vollbeschäftigungspolitik als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit grundsätzlich bejaht. Besonders bemerkenswert ist nun, dass zu dieser Gruppe auch eine ganze Anzahl Nicht-Sozialisten gehört, die sich zum Teil bis in das liberale Lager hinein erstreckt. Zu den konsequentesten Verfechtern der Vollbeschäftigungspolitik in dieser Gruppe, die sich nach Röpkes Worten mit ihrem Glauben an die Vereinbarkeit ihrer liberalen Anschauungen mit der Keynes'schen Lehre in einem verhängnisvollen Irrtum befinden, gehört der Liberale Lord Beveridge. Er bezeichnet als die Hauptwaffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Sicherstellung der richtigen Ausgabenmenge durch den Staat. Dieser könne hierzu drei Wege einzeln oder gleichzeitig einschlagen: Erhöhung der Gesamtausgabenmenge durch Anreiz von Privatkonsum, oder privater Investitionstätigkeit (Politik des billigen Geldes, Steuervergünstigungen, Prämien), Erhöhung der eigenen Ausgaben aus Steuer- oder Anleiheerkommen und schließlich Schaffung zusätzlicher Ausgaben durch Entwicklung des Außenhandels. 9)

Bei Lord Beveridge wie auch bei den „Oxforder Vollbeschäftigungspolitikern“¹⁰⁾ liegt die Auffassung zu Grunde, dass Vollbeschäftigungspolitik mit einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnung menschlicher Freiheit vereinbar sei. Zwar kommen die Verfasser des Oxforder Sammelbandes am Schluss ihrer Untersuchungen (S. 321 f.) zu dem Ergebnis, dass gewisse Kontrollen, so etwa auf dem Gebiet des Außenhandels, der Preisbildung, der Investitionen und des Standorts, zur Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung nicht zu umgehen seien, aber diese Kontrollen braudien nach gemeinsamer Auffassung der Befürworter der Vollbeschäftigungspolitik keineswegs zu der von den neoliberalen Gegnern dieser Politik Planwirtschaft zu führen.

Auch *Jöhr* die Ansicht, dass die Verfernung der Vollbeschäftigungspolitik in keiner Weise gerechtfertigt sei. Eine richtig konzipierte Politik der Vollbeschäftigung durch Erhaltung des Kreislaufvolumens, die so lange fortzusetzen sei, solange die Ersparnisse die Investitionen überträfen, stelle vielmehr eine Form der Wirtschaftslenkung dar, die weder zur Ausschaltung der Marktwirtschaft noch zur Sozialisierung der Betriebe führe. Sie sei im Gegenteil ein „wesentliches Mittel zur Erhaltung einer konkurrenzgesteuerten Marktwirtschaft und einer vorwiegend freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung“. ¹¹⁾

Der Konsument spielt in einer solchen Vollbeschäftigungspolitik eine wichtige Rolle. Stark schwankender Konsum wird, wenn der Staat nicht ausgleicht, ebenfalls Schwankungen in der Beschäftigung zur Folge haben. Hinzu kommt, dass in unserer modernen Wirtschaft die Produktion infolge des hohen Fixkostenanteils in vielen Wirtschaftszweigen ohnehin allzu heterogenen Verbraucherwünschen nicht so ohne weiteres zu folgen vermag. Barbara Wootton weist mit Recht darauf hin, dass die Forderung, auszugeben und zu sparen wie man möchte (ein Teil der „Souveränität des Verbrauchers“), und die Forderung nach wirtschaftlicher Sicherheit durch Vollbeschäftigung nicht miteinander vereinbar seien. Der Konflikt könne jedoch ohne allzu schwere Eingriffe in die Freiheit des Verbrauchers dadurch, gelöst werden, dass der Staat es unternimmt, die Mängel auszugleichen, d. h. dass er „auf die eine oder andere Weise den Gesamtbetrag der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften und Privatpersonen der Gesamtkapazität und dem Gesamtangebot des Arbeitsmarktes angleiche“. ¹²⁾

Steigerung des Verbrauchs, Kontrolle der Preise, der Investitionen, des Außenhandels und der Kapitalbewegungen in einer durchgehenden oder zum. mindesten teilweisen Planung fordert auch Joan *Robinson*.¹³⁾ „Das Problem der Arbeitslosigkeit überschattet alle anderen Nachkriegsprobleme“, heißt es am Schluss dieser Arbeit, „das Wirtschaftssystem, unter dem wir leben, ist auf die Probe gestellt ... Es bleibt abzuwarten, ob die demokratischen Staaten einen Weg finden können, um für Frieden und Wohlstand zu planen.“ ¹⁴⁾

Ernst E. Arndt

„Das Arbeitsamt“, *Fachzeitschrift für Theorie und Praxis der Arbeitsverwaltung*. Herausgegeben von Min.-Dir. Richard Oechsle (München) in Gemeinschaft mit den Landesarbeitsamtspräsidenten D. E. Heinz (Stuttgart), und H. Wilrodt (Düsseldorf). Erscheint monatlich einmal, 32 S. mit Umschl. Bezugspreis vierteljährlich 3,30 DM zuzügl. Zustellgebühr. Verlag Rich. Pflaum, München.

„Das Arbeitsamt“ erscheint seit Januar 1950. Die Fachzeitschrift will eine Zeitschrift für Theorie und Praxis der Arbeitsverwaltung sein. Durch diese Zielsetzung sind die beiden Grundzüge des Gesichtes des „Arbeitsamtes“ umrissen. Die technische Gestaltung der Zeitschrift geht den Weg, der durch den Inhalt ja bestimmt ist, in sehr glücklicher Weise. Sie teilt das große Gebiet der Arbeitsverwaltung in die seit Jahren durch Gesetz und Praxis festgelegten Teilabschnitte auf.

Diese junge Zeitschrift füllt - und hier ist das sonst der Abnützung ausgesetzte Wort wirklich am Platze - eine Lücke in der Fachliteratur aus. Ich möchte dieses Urteil dahin erweitern, dass die Zeitschrift nicht nur für die Dienststellen, für die Beamten und Angestellten der Arbeitsämter ein sehr wertvoller Führer durch die täglich auftauchenden theoretischen und praktischen Fragen in der Arbeitsverwaltung ist, sondern dass diese Zeitschrift über den engeren Dienstkreis hinaus größte Beachtung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, also bei den Verbänden der Unternehmer und den Gewerkschaften verdient. Die Zeitschrift darf mit Fug und Recht ganz allgemein den Anspruch erheben, ein führendes Organ des deutschen sozialen Lebens überhaupt zu sein.

Dr. Imhof